Zürich

Neuer VCS-Präsident

Der St. Galler SP-Kantonsrat Ruedi Blumer ist der erste Ostschweizer an der Spitze des Verkehrs-Clubs der Schweiz. SEITE 20

Ende des Fahrverbots

Seit gestern dürfen Frauen in Saudiarabien Auto fahren. Viele setzten sich gleich nach Mitternacht ans Steuer. SEITE 32

Kurs für Muslimseelsorge ist begehrt

WEITERBILDUNG Muslimische Seelsorger mit staatlichem Gütesiegel für den Einsatz in Notsituationen: Das Interesse an der vom Kanton unterstützten Weiterbildung ist vorhanden. 34 Personen meldeten sich, 15 durchliefen das Bewerbungsgespräch.

Nächstes Jahr sollen sie bereit sein für ihre Einsätze: die muslimischen Spital- und Notfallseelsorger, die am 1. September in Zürich ihre Ausbildung starten. Im Februar informierte Regierungsrätin Jacqueline Fehr (SP) über das Vorhaben, das der Kanton zusammen mit der Vereinigung der Islamischen Organisationen (Vioz) lanciert hat und mit einer Anschubfinanzierung unterstützt.

Auf die Ausschreibung des Weiterbildungskurses meldeten sich 34 Personen, wie Projektleiterin Deniz Yüksel auf Anfrage sagt. 24 reichten ein Bewerbungsdossier ein, 15 wurden zum Vorstellungsgespräch eingeladen. Ob alle den Weiterbildungskurs tatsächlich in Angriff nehmen, ist laut Yüksel noch offen. Bei der Vorstellung des Projekts rechnete man mit 10 Ausbildungsplätzen. «Aber wir haben Spielraum für 15 Personen», sagt die Projektleiterin.

6 Frauen

Unter den 15 – sie müssen gemäss Vorgabe im Kanton Zürich wohnen – befinden sich 6 Frauen und 9 Männer, 3 sind Imame. Yüksel freut sich besonders über die Frauen, denn Musliminnen sind in solchen Funktionen noch selten. Detaillierte Angaben zu den Berufen der 15 Bewerber will sie aus Diskretionsgründen nicht machen.

In der Kursausschreibung wird kein Hochschulabschluss verlangt, aber im Minimum eine Matur oder ausreichend Berufserfahrung – möglichst in den Bereichen Soziales oder Gesundheit. Die Personen müssen ausserdem Sozialkompetenz und eine muslimische Vorbildung mitbringen. Die Zugehörigkeit zum islamischen Glauben allein reiche nicht aus, sagt die Projektleiterin.

«Die Bewerber repräsentieren ein breites Spektrum islamischer Auffassungen», sagt Yüksel. Extremisten will man fernhalten. Haben sich auch solche auf die Ausschreibung gemeldet? Das könne sie zum heutigen Zeitpunkt nicht abschliessend beantworten, sagt Andrea Lang, Mitarbeiterin des Schweizerischen Zentrums für Islam und Gesellschaft (SZIG) in Freiburg, dem die Organisation, Administration und Qualitätsprüfung des Kurses obliegt. Die Sicherheitsprüfung des Amtes für Justizvollzug stehe noch aus, sagt Lang. Bei dieser werden polizeiliche Auskünfte eingeholt und Registereinträge konsultiert. Laut Lang haben die meisten Abgewiesenen die Vorschrift über den Wohnsitz oder das übrige Anforderungsprofil nicht erfüllt.

Gesprächsrunde durchlaufen

Im Vorstellungsgespräch mussten sich die Bewerber einem mehrköpfigen Gremium stellen, welches das Anforderungsprofil prüft. Das Gremium besteht aus einem Vertreter der Katholischen oder Reformieren Landeskirche, zwei Angehörigen des SZIG sowie Muris Begovic, dem Geschäftsführer des Projekts, der früher in Schlieren als bosnischer Imam wirkte und selber ein erfahrener Notfallseelsorger ist (Kasten). Laut Lang haben die 15 Kandidaten die Gesprächsrunde durchlaufen. Nun folgt noch die erwähnte Sicherheitsprüfung.

Bei Christen im Praktikum

Die theoretische Ausbildung besteht aus 8 Kurstagen, die an Samstagen und Sonntagen stattfinden. Etwa Anfang November soll der Kurs abgeschlossen sein. Anschliessend folgt ein 60-stündiger Praktikumsteil, in welchem die Kursteilnehmenden in Spitälern oder anderen Institutionen des Kantons Zürich praktisch arbeiten. Dabei schauen sie laut Yüksel den professionellen christlichen Seelsorgern über die Schulter und führen selber erste Gespräche.

Qualitätslabel schaffen

Die Nachfrage nach muslimischer Seelsorge ist laut Yüksel im Kanton Zürich gross. Das hängt in erster Linie mit der grossen Zahl der hier lebenden Muslime zusammen: 100 000 Personen oder 6,6 Prozent der Bevölkerung sind es. Nicht alle beanspruchen jedoch Seelsorge. Aufgrund der grossen Nachfrage müssen Spitäler und andere Institutionen immer wieder auf «nicht geprüfte muslimische Seelsorger» zurückgreifen, die ihre Dienste anbieten. «Mit unserer Weiterbildung schaffen wir ein Qualitätslabel, auf das sich die Institutionen verlassen können», sagt Yüksel.

Anschubfinanzierung

Der Kanton Zürich und die Vioz bilden die Trägerschaft des Projekts. Der Kanton leistet eine Anschubfinanzierung von 325 000 Franken. Die Vioz zahlt 60 000 Franken, soll aber ab 2020 den Grossteil der Kosten übernehmen. Die römisch-katholische Körperschaft beteiligt sich jährlich mit 25 000 Franken. Die Reformierten stellen Kurslokale zur Verfügung. *Thomas Schraner*

DIE HEUTIGE PRAXIS

Ein bis zwei Anfragen pro Woche

Muris Begovic (Bild) ist derzeit der einzige Muslimseelsorger im Kanton Zürich mit quasistaatlichem Gütesiegel. Er fungiert als Geschäftsführer der Trägerschaft des laufenden Weiterbildungsprojekts mit einem 80-Prozent-Pensum. Den meisten Institutionen sei er als Muslimseelsorger bekannt, sagt Begovic. Er sei für diese deshalb erste Anlaufstelle für entsprechende Anfragen.

Ein bis zwei Anfragen für Ernstfalleinsätze erhalte er pro Woche, manchmal auch mehr, sagt er. Vielen Muslimen im

Kanton Zürich sei das Angebot noch nicht bekannt. Sobald man es aktiv bewerbe, nehme die Nachfrage zu, vermutet er.

Seine hauptsächlichen Einsatzorte seien Spitäler, Unfallstellen oder Palliativstationen, sagt Begovic. An Arbeit scheint es ihm nicht zu mangeln: «Ich kann unmöglich alle Aufträge annehmen.»

Begovic bestätigt, dass im Kanton Zürich auch andere, «nicht geprüfte» Muslimseelsorger ihre Dienste anbieten. Wie viele es sind, wisse er aber nicht. Manche kenne er, manche nicht. Immer wieder werde er von Institutionen gebeten, solche freischaffenden Seelsorger einzuschätzen. Sofern er sie kenne, tue er es.

Es gebe einige gute Imame im Kanton Zürich, sagt Begovic, der selber Imam ist. Ihnen fehle aber die seelsorgerische Ausbildung. *tsc*

Juniorengelder ergaunert

YF JUVENTUS Der Präsident des drittgrössten Stadtzürcher Fussballvereins YF Juventus hat die Stadt Zürich jahrelang systematisch betrogen. Nun ist er des mehrfachen Betrugs schuldig gesprochen worden, wie der «SonntagsBlick» schreibt. Der Mann hat laut Bericht von 2012 bis 2015 öffentliche Zahlungen von 76 000 Franken ergaunert. Dabei handelt es sich um Jugendsportbeiträge der Stadt Zürich, also um Steuergelder. Damit soll der ausserschulische Sport gefördert werden. Das Sportamt zahlt die Beiträge nur Stadtzürcher Jugendlichen aus. Ein Umstand, der dem Mann durchaus bewusst war. Darum verpasste er einzelnen Jugendlichen seines Vereins eine falsche Adresse in der Stadt Zürich. So täuschte er die Sachbearbeiter über Jahre. Der Mann wurde zu einer bedingten Geldstrafe von 10 800 Franken verurteilt. Dazu kommt eine Busse von 2100 Franken. *red*

Migrantenkinder sollen früh kommen

BILDUNG Kinder von Migranten sollen früher in die Schweiz geholt werden – oder gar nicht: Dies sagt CVP-Bildungsdirektorin Silvia Steiner in einem Interview mit der «SonntagsZeitung». Damit möchte die Präsidentin der Erziehungsdirektorenkonferenz den Defiziten entgegentreten, die Spätzuwanderer bei der Bildung aufweisen. Diese verfügen seltener über einen Lehrabschluss oder eine Matura als Leute, die in der Schweiz geboren wurden, wie der jüngste Bildungsbericht zeigte. «Wer erst mit 14 oder 15 ins Land kommt, hat nirgends eine richtige Heimat und kommt zum Teil mit schlechten Voraussetzungen hierher», sagt Steiner. Der Forderung, den Familiennachzug zu erschweren, erteilt sie eine Abfuhr.

Ausserdem nimmt Steiner die Mädchen in Schutz. Der Bildungsbericht zeigt, dass sich weniger Mädchen als Knaben für eine Lehre, einen gymnasialen Fächerschwerpunkt oder ein Studium in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik interessieren. «Vielleicht haben Mädchen einfach keine Lust auf Mathematik und Physik», sagt Steiner. Von den Männern erwarte man nicht, dass sie ihre Vorlieben und Anlagen über Bord werfen würden, von den Mädchen hingegen schon. Die Wirtschaft könne den Fachkräftemangel nicht bekämpfen, indem sie Frauen in Mint-Berufe zwinge. *red*

Eindrücklicher Grossaufmarsch in Zürich. Auch für arabische Touristinnen ein hübsches Fotosujet. *Fotos: Keystone*

Bauarbeiter demonstrieren Entschlossenheit

ZÜRICH Tausende von Bauarbeitern aus der ganzen Schweiz demonstrierten am Samstag für die Rente mit 60, mehr Lohn und besseren Schutz für Ältere.

Mit Tröten, Trillerpfeifen und Fahnen marschierten rund 18 000 Bauarbeiter am Samstagmittag vom Central durch die Zürcher Innenstadt zum Helvetiaplatz. Angeführt wurde der Demonstrationszug von einem Bagger. Zur bewilligten Kundgebung hatten die Gewerkschaften Unia und Syna aufgerufen. Laut den Organisatoren nahmen deutlich mehr Leute teil als erwartet. Nico Lutz, Unia-Sektorleiter Bau, bezeichnete die Veranstaltung als «die grösste Bauarbeiterdemo, die Zürich je gesehen hat». Laut der Stadtpolizei Zürich handelte es sich um eine friedliche Demonstration mit weit über 10 000 Personen.

«Würde der Bauarbeiter»

Im Baugewerbe stehen hitzige Monate bevor. Ende Jahr läuft der Gesamtarbeitsvertrag aus und eine Einigung zwischen den Gewerkschaften und dem Schweizerischen Baumeisterverband ist nicht in Sicht. Weit auseinander liegen die Positionen dabei unter anderem bei der Frühpensionierung. Der Baumeisterverband will das Rentenalter auf 62 Jahre erhöhen oder die Renten um 30 Prozent auf durchschnittlich rund 3300 Franken kürzen. Dies, weil die Babyboomer-Generation bis 2024 ins Rentenalter kommt und die Stiftung Flexibler Altersrücktritt (FAR), über die bisher die frühzeitige Pensionierung im Baugewerbe finanziert wird, deshalb zusehends in finanzielle Schieflage gerät.

Für die Gewerkschaften ist das Rentenalter 60 ein Kernanliegen. Die Rente mit 60 erlaube es, in Würde in Rente zu gehen, statt invalid oder entlassen zu werden, sagte Lutz. Eine Erhöhung sei gegenüber den Bauarbeitern, die immer hart gearbeitet hätten, respektlos. Die meisten Teilnehmenden trugen denn auch am Samstag in Zürich ein rotes T-Shirt, auf dessen Rückseite eine 60 aufgedruckt war.

93 Prozent für Streik

Die Gewerkschaften wollen mit dem Baumeisterverband seit November 2017 über Lösungen für die «Rente mit 60» verhandeln. Bisher hätten die Baumeister aber die Verhandlungen verweigert. Die Gewerkschaften schliessen deshalb weitere Protestaktionen und Warnstreiks nicht aus. Laut Unia sprachen sich in einer Umfrage rund 93 Prozent von 20 000 befragten Bauarbeitern für einen Streik aus. *sda*

Grundloser Angriff

STETTBACH Ein 16-Jähriger ist in der Nacht auf Samstag am Bahnhof Stettbach von Unbekannten grundlos angegriffen und misshandelt worden. Die Polizei sucht Zeugen. *red*